



Herrn
Dr. Guido Westerwelle
FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

vorab per Mail guido.westerwelle@bundestag.de

18. Januar 2008

Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

der Berichterstattung über das Drei-Königs-Treffen der FDP ist zu entnehmen, dass Sie sich in Ihrer Rede nachdrücklich gegen eine zunehmende Linksorientierung der großen bürgerlichen Parteien aussprachen.

Wie verträgt sich denn diese Position mit dem jüngsten bildungspolitischen Vorstoß des NRW-Landesvorsitzenden, Andreas Pinkwart? Er befürwortet neuerdings eine Mittelschule, die als Konglomerat von Haupt-, Real- und Gesamtschulen daherkommen und dabei mittels der Bezeichnung imagefördernd an die erfolgreiche Realschule anknüpfen soll, die früher unter diesem Namen bekannt war. Herr Pinkwart will neben seiner Mittelschule nur das Gymnasium erhalten.

Das Modell einer Mittelschule als einziger Schulform neben dem Gymnasium zeugt unseres Erachtens von Unkenntnis der Schullandschaft und von Fehlinterpretation der PISA-Ergebnisse. Die Realschulen bieten seit langem Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten eine echte Aufstiegschance. Sie fördern Kinder aus sozial schwachen Schichten, die zuhause wenig Unterstützung erfahren, ebenso wie solche, die einfach nur mehr Zeit zur Entwicklung brauchen. Bis zu 25 % eines Abgangsjahrganges der Realschule setzen ihre schulische Laufbahn erfolgreich in der Sekundarstufe II fort und erlangen eine Hochschulzugangsberechtigung. Die anderen sind in der Wirtschaft gern gesehene Auszubildende, da sie schulisch gut vorbereitet worden sind. Diese gute Arbeit werden Realschulen nicht mehr leisten können, wenn sie zukünftig auch noch die Probleme aufgebürdet bekommen, die heute leider an vielen Gesamt- und Hauptschulen den Alltag bestimmen. Realschulen sind erfolgreich, aber kein Therapeutikum für andere schwächelnde Schulformen.

Auch der Ausgleich von Chancenungleichheiten ist von einer Zusammenlegung von Schulformen nach den Erfahrungen der Eltern nicht zu erwarten. Diese liegen ursächlich vor allem im sozialen Umfeld der Schüler begründet, das nicht von und in

der Schule repariert werden kann. Dort, wo es bereits Schulformgemeinschaften gibt, müssen Eltern vielmehr feststellen, dass insbesondere in sozialer Hinsicht die guten Schüler negativ beeinflusst werden, womit sich deren Chancen verschlechtern und nicht, wie versprochen, sich die der Schwachen verbessern.

Nach unserer Einschätzung wäre die Umstellung unseres gegliederten Schulsystems auf ein verpflichtendes 2-Säulen-Modell der sichere Einstieg in eine Zwei-Klassen-Bildungsgesellschaft nach amerikanischem Vorbild. Bildungsorientierte Eltern werden nämlich nach Einschränkung des Schulformangebotes Geld und Mühen nicht scheuen, ihren Kindern eine „bessere“ Bildung angedeihen zu lassen. Ein zunehmender Run auf die Gymnasien ist zu erwarten, während diese einen Großteil ihrer Schüler an Privatschulen verlieren werden. In letzter Konsequenz wird sich dann das Gymnasium zur „Einheitsschule“ unter attraktivem Namen entwickeln, womit das Ziel aller linken Bildungspolitikern relativ schmerzlos erreicht wäre.

Erschreckend ist, dass offenbar inzwischen auch FDP-Politiker recht ungefiltert ideologisch geprägte Interpretationen der PISA-Ergebnisse übernehmen. Objektiv betrachtet lassen die Ergebnisse der Studie keinen Rückschluss auf Erfolg oder Misserfolg eines bestimmten Schulsystems zu. Gerade das viel zitierte Finnland weist ein höchst heterogenes Schulsystem auf, in dem es allerdings keine Nomenklatur gibt, die Rückschlüsse auf Schulformprofile zulässt. Wollte man sich aber wirklich an Finnland orientieren, so sollte man genauer hinschauen. Sehr viel mehr und besser ausgebildetes (Lehr-)Personal, bessere Förderkonzepte und kleinere Lerngruppen bestimmen dort den Schulalltag. Gerade eine Verkleinerung der Lerngruppen würde auch in NRW (bzw. Deutschland) den neuerdings argumentativ immer wieder bemühten „demographischen“ Faktor ad absurdum führen. Zurückgehende Schülerzahlen bieten vielmehr die Chance kostenneutral endlich pädagogisch sinnvolle Lerngruppengrößen an allen Schulformen zu schaffen. Ein Rückgang von etwa 2% würde zum Beispiel an den Realschulen eine Reduzierung der Klassengrößen von derzeit über 30 auf ca. 25 Schüler bedeuten und unseres Erachtens keinen Anlass für Schulschließungen geben, sofern man die Klassenfrequenzrichtwerte anpassen und die Bevölkerungsentwicklung nicht zum Anlass für Einsparungen nehmen würde.

Das Konzept von Herrn Pinkwart entspricht weder dem Elternwillen, der Jahr für Jahr durch das Schulwahlverhalten von ca. 50.000 Elternpaaren in NRW dokumentiert wird, wenn sie ihre Kinder der Realschule anvertrauen, noch ist es nach unserer Ansicht konform mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung NRW, nach denen die Eltern über die Bildung ihrer Kinder zu entscheiden haben. Eine Beschränkung des Angebotes stellt eine Bevormundung der Eltern dar, die wir ablehnen. Realschuleltern sahen sich in ihrer Haltung bisher von der FDP gut vertreten, müssen aber jetzt befürchten, dass der bildungspolitische Kurswechsel Ihrer Partei als eine Annäherung an die SPD zu betrachten ist und deren Unterstützung durch die FDP nach der nächsten Landtagswahl denkbar wird. Wie allgemein bekannt ist, wird die SPD in NRW eine verpflichtende Gemeinschaftsschule einführen, sobald sie in der Regierungsverantwortung ist. Mit dem pinkwartschen Schulmodell wird eine Idee der SPD aufgegriffen, mit der diese schon 2003 und 2005 am Elternwillen scheiterte. - Unser Verband spielte damals eine maßgebliche Rolle. - Auch die SPD beabsichtigte damals erklärtermaßen, das Gymnasium zunächst zu erhalten, um mit der Idee nicht an der gefürchteten, starken Gymnasiallobby zu scheitern.

Dabei wird gerne unterschätzt, dass hinter derzeit über 300.000 Realschülern in NRW über 600.000 Elternteile und ca. 20.000 Realschullehrer stehen, die als wahlberechtigte Bürger ihre Interessen auch zu vertreten wissen, obwohl sie aufgrund geringerer öffentlicher Präsenz politisch gerne übersehen werden. Sie mussten seit langem hinnehmen, dass ihre Schulform die vergleichsweise geringste Aufmerksamkeit verbunden mit den schlechtesten Bedingungen erfuhr. Trotzdem wurde dort hervorragende Arbeit geleistet, die wiederum öffentlich kaum wahrgenommen wird. Dass aber ausgerechnet die solcherart stiefkindlich behandelte Realschule neuerdings vielseitige politische Begehrlichkeiten geweckt hat, ist schier unerträglich.

Alle Politiker sollten sich endlich darauf besinnen, dass es ihre Aufgabe ist, die Interessen der Bürger zu vertreten und nicht diesen aufzuzwingen, was sie vielleicht selbst für gut und richtig halten, oftmals nur im Interesse des Machterwerbs oder des Machterhalts ihrer eigenen Partei. Schade, dass sich jetzt auch FDP-Politiker für so etwas hergeben.

Wir bitten nachdrücklich um eine Diskussion dieser Aspekte in Ihren Reihen und stehen zum Meinungsaustausch jederzeit gerne zur Verfügung.

In Erwartung Ihrer Stellungnahme verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Claudia Jacobi
Geschäftsführerin

André Ruhl
Vorsitzender

Kopien dieses Schreibens erhalten:

- FDP NRW
- FDP Niedersachsen
- Verband deutscher Realschullehrer
- Elternforum Bildung
- Aktionsbündnis Schule NRW
- Aktionsbündnis gegliedertes Schulwesen NDS